

**Rechenschaftsbericht anlässlich der
Vorlage des Geschäftsberichtes 2010/2011
zur Mitgliederversammlung**

Oswald Menninger
Geschäftsführer
23. November 2011

Meine sehr geehrten Gäste,
liebe Mitglieder,

der Ihnen vorgelegte Geschäftsbericht gibt einen umfänglichen und detailreichen Einblick in die Verbandspolitik der hinter uns liegenden Periode. Der Bericht weist zu Beginn mit eindrucksvollen und ausdrucksstarken Fotos auf Menschen mit Handicaps hin, die in Kunstprojekten unter PARITÄTISCHEM Dach kreativ tätig sind. Die wechselnden Ausstellungen der vielfältigen Kunstwerke in unseren Versammlungsräumen sind zu einer Bereicherung der alltäglichen Verbandsarbeit geworden. Keine Bereicherung, sondern eine sehr beunruhigende Entwicklung bietet uns dagegen die Politik bei ihrem Bemühen, die Euro-Krise zu bewältigen.

Schuldenpolitik gescheitert

Die langfristigen Folgen dieser Krise werden unser politisches System grundlegend ändern, deshalb will ich mich trotz der vorliegenden Koalitionsvereinbarung von Rot-Schwarz eingangs mit diesem für uns sehr wichtigem Thema beschäftigen. Nicht umsonst hat die Bundeskanzlerin Merkel die Euro-Krise als schlimmste Krise nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet. Unabhängig wie und ob die Krise gemeistert wird, steht eindeutig fest: **Die bisherige staatliche Schuldenpolitik ist gescheitert.** Denn es macht keinen Unterschied, ob zuerst die überschuldeten Staaten und damit indirekt die Banken gerettet werden müssen, oder ob man Staaten pleite gehen lässt und dann die Banken stützen muss, die die wertlosen Staatsanleihen in ihren Büchern haben. Es kostet in beiden Fällen viel Geld, das am Ende die Steuerzahler der Euroländer zahlen müssen, die dazu noch in der Lage sind. Es sind nur noch wenige und von den großen Ländern bleibt am Ende nur noch Deutschland über.

Im Falle Griechenlands mit 360 Milliarden Euro Schulden kann das Auffangen noch gestemmt werden. Aber wer soll Italien mit seinen 1,9 Billionen Euro an Staatsschulden denn retten? Dies zeigt, dass alleine die Rettungsschirme trotz ihrer Ausweitung von Krisengipfel zu Krisengipfel und der geplante Hebel das Problem nicht lösen werden. Sie können lediglich vorübergehend zur Beruhigung der Finanzmärkte beitragen und sie

helfen Zeit zu gewinnen. Die Lösung des Problems kündigt eine politische Zeitenwende an, weil sie nur in einer soliden staatlichen Haushaltspolitik liegen kann.

„Billiges Geld“ förderte Verschuldung

Sowohl die erste Finanzkrise, wie auch jetzt die zweite Eurokrise sind im Kern Schuldenkrisen. Der Auslöser der ersten Krise waren die überschuldeten Haushalte in den USA, deren Immobilienkredite platzten. Jetzt sind es die überschuldeten Länder der Eurozone. In beiden Fällen war aber die Politik nicht unschuldig, wie sie jetzt mit der Mär von den „entfesselten Finanzmärkten“ als alleinige Krisenursache uns weiß machen will. Der Kreditblase in den USA wurde durch die Politik des „billigen Geldes“ durch die Notenbank der Tisch bereitet, an dem sich die Finanzmärkte überfressen haben. Gestützt durch die Aufhebung des Trennbankensystems zwischen Geschäfts- und Investmentbanken in den 80er Jahren in den USA glaubten dort die Finanzalchemisten, dass man aus Geld, zudem aus gepumptem Geld, noch mehr Geld schöpfen kann.

Nach den Anfangserfolgen geriet die simple Wahrheit aus dem Blickwinkel, dass wirtschaftliches Wachstum und Prosperität in der Realwirtschaft stattfindet und nicht durch das Erfinden immer komplexerer Finanzprodukte. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sich die rapid wachsende Verschuldung der USA in Folge der Finanzkrise und durch die momentane politische Handlungsunfähigkeit weltweit auswirken wird, wie es die Euro-Krise bereits tut.

Euro-Krise politisch verschuldet

Bei der Euro-Krise dagegen handelt es sich um eine politisch verschuldete Staatsschuldenkrise, die eine lange Vorgeschichte hat. Seit einigen Jahrzehnten steigen in den europäischen Ländern die Staatsschulden, weil es für Politiker der einfachere Weg war, den Bürgern Leistungen zu gewähren, die mit Schulden finanziert wurden. So wurde der politisch mühsame und riskante Weg vermieden, höhere Leistungen durch Steuer- und Abgabenerhöhungen zu finanzieren. Verteilungskämpfe wurden via Staatsverschuldung umgangen. Schützenhilfe leistete die Keynesianische Theorie, die in Konjunkturkrisen eine schuldenfinanzierte Ausgabenpolitik des Staates zum Ankurbeln der Wirtschaft forderte. Gleichzeitig forderte die Theorie aber, dass im Boom die Defizite wieder abgebaut werden. Nur die Politik hatte kein Interesse an diesem Aspekt, sondern konnte in Wahlkämpfe mit sich gegenseitig überbietenden Versprechen an das Wahlvolk ziehen oder sonnte sich im Schein eines schuldenfinanzierten Wachstums.

Politischer Selbstbetrug belohnt

Leider haben die Wähler den politischen Selbstbetrug der Lastenverschiebung in die Zukunft belohnt und geadelt. Anders als eine Schwarz-Weiß-Sicht daher vermuten lässt, haben sich die Interessen der Finanzmärkte und der Schuldenpolitiker hier verbündet.

Denn der frühere Weg der Politik, bei knappen Kassen die Notenpresse anzuwerfen, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Unabhängigkeit der Notenbanken versperrt. Die Banken haben seitdem dankbar die Aufgabe übernommen, die Staaten mit Krediten zu versorgen. Die Einführung des Euro gab dieser Entwicklung einen zusätzlichen Push. Durch das ursprüngliche Vertrauen der Finanzwelt in den Euro wurden auch wirtschaftlich schwache und nicht mehr wettbewerbsfähige Länder der Euro-Zone weiterhin mit billigem Geld versorgt. Dazu kam, dass von den staatlichen Finanzaufsichtsbehörden Staatsanleihen bei den Banken als risikolose Anlagen klassifiziert wurden. In welchem Interesse mag das wohl gelegen haben?

Mit der völligen Überschuldung Griechenlands ist dieses Modell nun an die Wand gefahren und die Finanzmärkte reagieren völlig normal, wenn sie Staaten kein Geld mehr leihen deren Fähigkeit zum Rückzahlen der Schulden zweifelhaft ist. Wir haben doch als Verband auch kein Interesse daran, die Mittel unserer Stiftung in den Sand zu setzen.

Konsolidierung der Öffentlichen Haushalte

Liebe Mitglieder, es gibt nur einen Weg aus der Krise: **Die Konsolidierung der Öffentlichen Haushalte.** Deswegen hoffe ich, dass alle politischen Pläne scheitern, die Europäische Zentralbank direkt oder indirekt zu einem Staatsfinanzier zu machen. Nach den Maastricht-Verträgen ist dies zwar verboten, aber was ist der Vertrag noch wert, wenn 12 von 16 Euro-Ländern die Maastricht-Kriterien nicht einhalten. Deutschland übrigens auch nicht und es war die Rot-Grüne-Bundesregierung im Schulterschluss mit Frankreich, die dafür den Weg bereitete. Und Deutschland ist keineswegs der Lehrmeister, wie man jetzt meinen könnte, denn bisher haben wir lediglich die Neuverschuldung abgebremst, trotz sprudelnder Steuereinnahmen in Folge des Wirtschaftsbooms.

Wer meint, dass am Ende der Bankrott von Staaten eh nur die Banken und die Vermögenden trifft, die ihr Geld verlieren, der sollte sich nicht täuschen. Millionen von Menschen haben für ihre private Altersvorsorge direkt oder indirekt über Fonds und Lebensversicherungen in Staatsanleihen investiert. Zudem werden die direkten Folgen einer Staatspleite, wie sie Griechenland jetzt trifft, sehr genau zeigen, wer zuerst die Suppe auslöffeln muss. Es sind sicher die sozial Schwachen, die mit aller Härte getroffen werden.

Wir können alle nur gemeinsam hoffen, dass die Krise überwunden wird und die Euro-Zone, die Kraft aufbringen wird, in Zukunft Staaten mit einer unsoliden Haushaltspolitik an die Leine zu legen. Staaten, die das nicht akzeptieren wollen – wofür ich Verständnis hätte - müssten dann aber als Konsequenz die Euro-Zone verlassen.

Dazu muss eine sinnvolle Regulierung der Finanzmärkte kommen, die der Finanzwirtschaft wieder eine dienende Rolle gegenüber der Realwirtschaft zuweist. Wir brauchen Banken, wie z. B. die Bank für Sozialwirtschaft, die Kredite gewähren, den

Zahlungsverkehr regeln und Vermögensanlagen vermitteln und betreuen. Banken, die gegen ihre eigenen Kunden Wetten eingehen, brauchen wir nicht. Dafür gibt es Spielcasinos, die früher sinnigerweise als Spielbanken bezeichnet wurden.

Angebot der Zusammenarbeit

Liebe Mitglieder, nun zu der Situation hier in Berlin. Gäbe es nicht den Bund und den Länderfinanzausgleich spielte Berlin im Hinblick auf die Staatsverschuldung in der gleichen Liga wie Griechenland. An einer konsequenten Fortführung der Konsolidierungspolitik führt deshalb kein Weg vorbei und auf diese Linie hat sich der neue Senat gezwungenermaßen festgelegt. Als Verband sind wir verpflichtet, unseren Beitrag dafür zu leisten, dass auch bei knappen Mitteln eine ausreichende Versorgung der Bürger Berlins mit sozialen Leistungen gesichert werden kann. Diesen Weg haben wir in der Vergangenheit verfolgt und sollten auch in Zukunft daran festhalten.

Von der unsinnigen Rekommunalisierungs-Strategie im Feld der sozialen Versorgung scheint sich der neue Senat verabschiedet zu haben. Wir können den neuen Senat nur auffordern, gemeinsam mit den freien Trägern nach Wegen für die Lösung der sozialen Probleme Berlins zu suchen. Es hat ja den politischen Kräften im alten Senat, die im Windschatten des Treberhilfe-Skandals mit uns in obrigkeitstaatlicher Manier verfahren wollten, am Ende nichts genutzt. Weil wir uns nicht einmachen ließen, haben wir nach zähem Ringen bei den Verhandlungen zur Fortschreibung der Entgelte Mittel für Tarifierpassungen für die Beschäftigten in unseren Einrichtungen erstreiten können. Er wird weiterhin unser Ziel sein, dass wir uns nicht von allgemeinen Tarifentwicklungen abkoppeln lassen, weil wir sonst keine Chance haben, den Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen.

Gerechte Lastenverteilung

Dem neuen Senat bieten wir unsere Zusammenarbeit an, wenn gemeinsam – und hier betone ich: gemeinsam und auf Augenhöhe – nach Wegen gesucht wird, wie die Sozialausgaben z. B. über Budgetmodelle besser gesteuert werden können, damit Versorgung und Finanzen mit Augenmaß austariert werden. Ein gemeinsamer Weg und die gerechte Verteilung der Lasten einer Konsolidierungspolitik auf alle Schultern – auch auf die Schultern des Öffentlichen Dienstes – muss für uns die Grundlage einer zukünftigen Zusammenarbeit sein.

Insgesamt ist mit der Koalitionsvereinbarung von Rot-Schwarz leider eine Menge Papier mit sehr vielen Allgemeinplätzen beschrieben worden. Manches hätte man sich sparen können. Ansonsten ist in der Vereinbarung viel politischer Pragmatismus zu erkennen, der im Tagesspiegel mit Schwarz-brot statt Kaviar beschrieben wurde. Die Nüchternheit mag wohl der Einsicht geschuldet sein, dass selbst die „Wunschkoalition“ Schwarz-Gelb im Bund von Anfang an nicht auf die Beine gekommen ist und hier in Berlin Rot-Grün

schon vor dem Start grandios gescheitert ist. Deshalb war wahrscheinlich das Leitbild der Koalitionsvereinbarung: „Schuster bleib bei deinem Leisten“. Aber selbst wenn man beim Leisten bleibt, sind z. B. die Aussagen zum bürgerschaftlichen Engagement kleiner als der Leisten eines Kinderschuhs.

Bei ca. 100 Seiten findet man Aussagen dazu nur an vier Textstellen und ein kurzer Absatz handelt mehr mit Allgemeinplätzen das bürgerschaftliche Engagement ab. Weniger kann ja manchmal mehr sein, hier trifft es leider nicht zu. Auf der anderen Seite zeigt es umso deutlicher, dass aus der Politik – egal ob rechts oder links – keine nennenswerten zivilgesellschaftlichen Impulse zu erwarten sind.

Steuerung der Sozialausgaben

Eine bessere und zielgerichtete Steuerung der Sozialausgaben unter Federführung der Finanzverwaltung steht als neues Ziel in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Schwarz. Ob dies der richtige Weg sein wird, kann man sicher bezweifeln. An dieser Stelle brauche ich nicht zu betonen, dass wir heute bei diesem Thema schon viel weiter wären, wenn die vielen Vorschläge des Verbandes zur Steuerung der Sozialausgaben schon früher aufgegriffen worden wären. Ich darf hier nur an unser Budgetsteuerungsmodell in der Jugendhilfe erinnern. Und selbst das erfolgreiche Psychiatrie-Budget-Modell und die Treuhandverträge wurden unsinnigerweise vom Senat aufgekündigt.

Transparenz und Governance-Grundsätze

Liebe Mitglieder, viele von ihnen haben sicher von der Insolvenz der Treberhilfe durch die Medien erfahren. Es ist schlicht Realitätsverweigerung, wenn Herr Ehlert gestern im Interview mit der Morgenpost eine fehlende Solidarität der Trägerlandschaft beklagte. Wir können nur alle hoffen, dass der Name aus der Landschaft verschwindet. Ebenfalls hoffe ich, dass wir den ganzen Müll, den der Treberhilfe-Skandal in der Öffentlichkeit produziert hat, nun langsam entsorgt haben. Nichtsdestotrotz müssen wir uns mit einem Thema weiterbeschäftigen: **Mit der Transparenz und unseren Governance-Grundsätzen.**

Ich will begründen, warum das so ist. Die Forderung nach Transparenz, nach durchschaubaren Strukturen ist ein verständlicher Reflex auf die zunehmende Komplexität unserer Gesellschaft geworden. Transparenz im Sinne von Durchsichtigkeit und Durchschaubarkeit ist mittlerweile zu einer zentralen politischen Forderung geworden. Mit den Piraten ist nun eine Partei ins Abgeordnetenhaus eingezogen, die sich Transparenz als zentralen politischen Glaubenssatz auf ihre Fahnen geschrieben hat. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass nach dem nächsten Spenden- und Veruntreuungsskandal gesetzliche Transparenzregeln auf uns zukommen werden.

Liebe Mitglieder, wir sollten keine gesetzlichen Regeln, keine erzwungene Transparenz in Kauf nehmen, sondern Transparenz als Selbstverständlichkeit praktizieren. Denn nach meiner Auffassung können gesetzliche Regelungen nicht soziale Spielregeln eines vertrauensvollen Umgangs der gesellschaftlichen Gruppen miteinander ersetzen. Und ohne dieses Vertrauenskapital funktioniert keine Bürgergesellschaft.

Transparenz schafft Glaubwürdigkeit

Transparenz und transparente Organisationsstrukturen sind für mich ein wesentlicher Bestandteil unserer Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit schafft Vertrauen und Vertrauen ist das Urkapital für uns als gemeinnützige Organisationen. Aus diesem Grunde müssen wir auf freiwilliger Basis Transparenz nach Außen schaffen und nach Innen unsere Organisationen auf der Grundlage von Governance-Grundsätzen einer verantwortungsvollen Unternehmensführung führen und steuern. Warum ist das gerade für die Wohlfahrtspflege von besonderer Bedeutung? Wir leben nun mal vom Vertrauen der Menschen und ihrer Angehörigen, die unsere Dienste in Anspruch nehmen, ebenso wie wir das Vertrauen des Staates benötigen, weil wir mit staatlichen Finanzen soziale Aufgaben bewältigen. Mit jedem Skandal wird immer mehr in Frage gestellt, ob wir dieses Vertrauen der Öffentlichkeit auch zu Recht verdienen.

Noch genießen die Einrichtungen und Organisationen der Wohlfahrtspflege in Umfragen einen guten Ruf und das Vertrauen vieler Menschen. Die Förderung und der Erhalt dieses Vertrauens sind für die Legitimation der Wohlfahrtspflege von existenzieller Bedeutung. Damit ein grundsätzliches Vertrauen in unsere Organisationen berechtigt bleibt und nicht durch jedes weitere schwarze Schaf immer wieder in Frage gestellt wird, müssen wir uns um Prävention bemühen und selbst alles tun, um gegen Fehlentwicklungen vorzubeugen. Natürlich können wir mit mehr Transparenz nicht jedes schwarze Schaf in Zukunft verhindern.

Wir können unsere Gemeinwohlverpflichtung jedoch nicht wie eine Monstranz vor uns hertragen, aber bei der öffentlichen Frage nach unseren Strukturen und Ressourcen die Schotten dicht machen. Hier kippt unser Selbstbild, unsere Selbstwahrnehmung, dass wir nur Gutes tun, in der Fremdwahrnehmung vom Heiligenschein in die Scheinheiligkeit, um hier eine christliche Metapher zu nutzen.

Transparenz ist Bringschuld

Wegen unserer Glaubwürdigkeit sind wir als bürgergesellschaftliche Akteure der Gesellschaft gegenüber in einer Bringschuld. Es ist unsere Bringschuld, die nötige Transparenz herzustellen und glaubhaft den schwarzen Schafen das Einnisten und ihre Entfaltung unter unserem Dach so schwer wie möglich zu machen. Am Ende geht es aber gar nicht um die schwarzen Schafe, sondern ob es uns gelingt, unseren

bürgergesellschaftlichen Gestaltungsanspruch der Öffentlichkeit gegenüber glaubhaft vermitteln zu können. Und dafür ist Transparenz ein wichtiger Schlüssel.

Gegen mehr Transparenz wird in unseren Reihen immer wieder das Argument verwendet, wir würden doch ohne Ende vom Staat durch Finanzämter, Kostenträger, Sozialbehörden usw. kontrolliert werden. Auch wenn das Argument einer überhandgenommenen staatlichen Kontrolle richtig ist, löst sie nicht das Problem der gesellschaftlichen Glaubwürdigkeit. In einer Bürgergesellschaft, für die wir eintreten, sind Staat und Gesellschaft zwei völlig andere Bezugssysteme. Bürokratische Kontrollen des Staates können deshalb kein Ersatz für Transparenz und Rechenschaft gegenüber der breiten Öffentlichkeit sein.

Deshalb geht mein Appell an alle Mitgliedsorganisationen: machen Sie mit bei der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“. Folgen sie dem Weg des Verbandes, damit wir in Zukunft unseren selbstgesetzten Ansprüchen gegenüber der Öffentlichkeit auch gerecht werden. Der Aufwand dafür hält sich in Grenzen und hier darf ich auf unsere Transparenz-Beratungsstelle hinweisen.

Beratung für Mitglieder

Liebe Mitglieder, neben der Transparenz-Beratungsstelle haben wir ebenfalls eine Servicestelle „Zuwendungsrecht und Finanzen“ beim Verband für sozial-kulturelle Arbeit neu eingerichtet. Hier geht es um die Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei Problemen und Veränderungen im Zuwendungsrecht. Eine weitere kostenlose Beratung für die Prüfung des Besserstellungsverbots im Hinblick auf den TVL haben wir durch Pari-Personal für die Mitgliedsorganisationen angeboten. Neben der Beratung werden wir vom neuen Senat die Übertragung der tariflichen Anpassung auch bei den zuwendungsgeförderten Beschäftigten einfordern. Dieses Anliegen haben wir in einem Schreiben an die Fraktionen bereits verdeutlicht.

Am Ende meines Rechenschaftsberichtes darf ich noch mal auf den vorgelegten Geschäftsbericht verweisen. Er bildet ab, was wir in der vergangenen Periode geleistet haben und wie fruchtbar und erfolgreich die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsorganisationen und dem Verband gewesen ist.

Neue Studie zum bürgerschaftlichen Engagement

Vorankündigen für das nächste Jahr möchte ich heute schon eine neue Studie zum Stand des bürgerschaftlichen Engagements in unserem Verband. Sie soll zu der Studie von 2005 einen Vergleich der Entwicklungen ermöglichen und wird diesmal gemeinsam mit dem Gesamtverband und den beiden Landesverbänden Thüringen und Nordrhein-Westfalen wieder von der Martin-Luther-Universität Halle durchgeführt werden. Auch hier gilt mein Appell: Machen sie alle bei der Studie mit. Wir brauchen Ihre Beteiligung, denn die Zahlen der Ehrenamtlichen aus der Statistik der Berufsgenossenschaft bfg sind leider

nicht tragfähig, wie wir jetzt feststellen mussten. Neben den Zahlen, die wir für unsere Öffentlichkeitsarbeit dringend benötigen, erhoffen wir uns natürlich auch neue Erkenntnisse. Z. B. wie wir die Fördermittel des Verbandes für das bürgerschaftliche Engagement zukünftig noch besser und zielgerichteter einsetzen können.

Dank

Liebe Mitglieder, der Verband ist für die zukünftigen Herausforderungen gewappnet, weil wir inhaltlich und finanziell gut aufgestellt sind. Ich möchte mich bei ihnen allen sehr herzlich für die offene und faire Zusammenarbeit bedanken. Bedanken möchte ich mich gleichfalls bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbandes für das Engagement und die gute Zusammenarbeit. Dem Vorstand und Beirat danke ich für das Vertrauen, das sie Frau Krüger und mir entgegengebracht haben.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!